



Lütjenburger Rundschau

www.spd-luetjenburg.de - Telefon: 04381/7491 - Fax: 04381/409964



Anette Langner: Verantwortung für unser Land tragen!

Die Menschen stehen für die SPD-Kreisvorsitzende im Mittelpunkt. Sie hat keine Berührungsängste und ist nicht zuletzt deshalb in ihrem Wahlkreis seit 2005 eine begehrte Gesprächspartnerin. Sie kennt die Sorgen, Probleme und Anliegen der Menschen von hier und hilft wo sie kann. Mit welchem Programm Anette Langner in den Wahlkampf zieht, lesen Sie auf Seite 2.

Wählen Sie die SPD-Kandidatinnen
Wir hoffen, dass Sie am 27. zur Wahl gehen und unsere beiden Kandidaten unterstützen. Vielleicht können Sie sich nach Lektüre der *LR* ein genaueres Bild zu Personen und zum Programm machen. Fest steht; wer sich eine gerechte Gesellschaft wünscht, der kann auf die SPD weiterhin nicht verzichten. Herzlichst Ihre *Traudl Holst.*



Ein gewaltiges Gebäude, die ehemalige Kornbrennerei der Fa. DH-Boll. Leider fehlen immer noch Ideen für eine sinnvolle Nutzung der größten Industriebrache, die seit über 15 Jahren vor sich hin darbt. Mittel des Konjunkturprogramms können hier leider nicht mehr eingesetzt werden. **Der Zug ist ohne uns abgefahren.**

Notar-Aktion: 9000 haben schon unterschrieben

Helfen Sie mit – unterstützen Sie unsere Aktion zur Rettung des Notarstandortes in Lütjenburg. Unterschreiben Sie auch auf einer der ausliegenden Listen! Bis jetzt haben sich unserem Aufruf bereits über 9000 Bürgerinnen und Bürger der Region angeschlossen.

Dr. Birgit Malecha: Bildung ist ein ganz dicker Schwerpunkt!

Gute Bildung wird in Deutschland nach wie vor vernachlässigt. 70.000 Jugendliche verlassen jährlich die Schule ohne Abschluss. Kinder aus sozial schwachen Familien haben deutlich weniger Chancen aufs Abitur als Kinder aus gutverdienenden Familien. Das muss sich endlich ändern, findet Birgit Malecha-Nissen. Was sie will und wofür sie steht, lesen Sie auf Seite 7.



Wahlen im Doppelpack: Die SPD setzt auf Frauenpower!

Liebe Leser, ein bisschen umfangreicher als sonst ist diesmal unsere *LR*. Daran ist der CDU-Ministerpräsident schuld, der mit der Landtagswahl nicht bis zum nächsten Jahr warten wollte! So stehen am 27.9. gleich zwei wichtige Wahlen an: für den Bundes- und den Landtag.

Ein Doppelpack also, und als Doppelpack treten auch unserer beiden Kandidatinnen an: Doppelte Frauenpower für eine soziale und gerechte Politik! Über Dr. Birgit Malecha-Nissen (Bund) und Anette Langner (Land) erfahren Sie in dieser Ausgabe mehr. Dazu -wie immer- Wichtiges aus unserer Stadt.

Der Kontakt mit den Menschen steht vorne an

Das Jahr 2005 war ein Meilenstein im Leben von Anette Langner. Die Bürgerinnen und Bürger der Region Plön-Nord wählten die SPD-Kandidatin direkt in den Landtag und im selben Jahr übernahm sie auch den Vorsitz in der SPD des Kreises Plön. Kein Wunder, denn Anette Langner steht für einen lösungsorientierten Politikstil; im direkten Kontakt mit den Problemen und Anliegen der Menschen im Lande. Das Gespräch, immer und überall, ist ihr wichtig, um zu erfahren wo der Schuh drückt und wo sie helfen kann.



Anette Langer sucht das Gespräch mit allen Bürgerinnen und Bürgern, hier als Unterstützerin bei der Aktion zur Rettung des Notarztes.

Bürger bleiben auf der Strecke

Die CDU will die uneingeschränkte Nutzung der Kohleenergie und die Verlängerung von Laufzeiten der Atommeiler. Allen Lippenbekenntnissen zum Trotz, sie vertritt knallhart die Interessen der Stromkonzerne, nicht aber die Interessen der besorgten Bürger. Wir meinen, das ist ein Skandal.

Schwarz-Gelb ist kein Selbstläufer!

Den Bruch der großen Koalition in Schleswig-Holstein hat die CDU von langer Hand vorbereitet. Der Ministerpräsident und die CDU-Landtagsfraktion haben mutwillig den Koalitionsvertrag gebrochen. Deshalb wird es am 27. dieses Monats eine vorgezogene Landtagswahl geben, denn Schleswig-Holstein braucht eine handlungsfähige Landesregierung, die nicht Parteiinteresse über das Wohl des Landes stellt. Die noch so treuherzige Rhetorik von Peter-Harry Carstensen kann nicht über die parteitaktisch, längst vorbereitete Inszenierung hinwegtäuschen. Die CDU wollte schon seit Monaten Landtags- und Bundestagswahl zusammenlegen, weil sie gestützt auf die Umfragewerte auf eine schwarz-gelbe Mehrheit hofft. Einen Sieg aus eigener Kraft traut man sich jedenfalls nicht zu. Im Schatten von Angela Merkel will Schwarz-Gelb an die Macht. Dabei sollen die Themen HSH-Nordbank und der Atommeiler Krümmel so weit wie möglich ausgeblendet werden. Wenn man da die Rechnung nicht ohne die mündigen Wählerinnen und Wähler gemacht hat. Ralf Stegner: „So löst man die Probleme des Landes nicht! Die schwarz-gelbe Atom-, Studiengebühren- und Anti-Mindestlohn-Politik von gestern ist heute in unserem Lande nicht mehr mehrheitsfähig.“



Ralf Stegner blieb in Lütjenburg keine Antwort schuldig. Engagiert und kompetent beantwortete der SPD-Spitzenkandidat im Cafe am Markt die Fragen vieler Wählerinnen und Wähler.

Neuwahl soll Pannen überdecken

Erst die Millionen-Sonderzahlung an den HSH-Chef Dirk Nonnenmacher, dann die Fehlinformation des Parlamentes durch den Ministerpräsidenten. Die Staatskanzlei und der Finanzminister haben nicht nur kläglich versagt, sie wollten das Parlament auch regelrecht an der Nase herumführen, denn als der Landtag die Begrenzung der Managergehälter beschloss, war der Vertrag mit Nonnenmacher längst unterschrieben. Die Abgeordneten haben davon kein Wort erfahren. Klar, dass die CDU die Ergebnisse des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses fürchten muss. Sie hofft, durch eine vorzeitige Neuwahl sich dieses lästige Problem vom Hals schaffen zu können. Anette Langner: „So kann man mit dem Parlament nicht umgehen.“

Anette Langer will für die Menschen eine moderne Wirtschaftspolitik

In der aktuellen wirtschaftlichen Situation, in der es tausende Kurzarbeiter gibt, viele Menschen um ihren Arbeitsplatz bangen, die Steuereinnahmen einbrechen und die Sozialleistungen steigen, wird dringend ein kompetenter und verantwortungsbewusster Ministerpräsident gebraucht, ein Mann wie Ralf Stegner. Jemand, der nicht ständig seine Meinung ändert, wenn der Wind von vorne bläst.

Anette Langner setzt sich gemeinsam mit dem SPD-Spitzenkandidaten für eine moderne Wirtschaftspolitik ein, bei der nicht nur Wachstumsraten im Vordergrund stehen, sondern die Menschen. Es geht ihr um menschliche Arbeitsbedingungen und faire Löhne, von denen sich leben lässt. Dazu darf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie kein Lippenbekenntnis bleiben.

Politik muss Zukunft gestalten, deshalb engagiert sich Anette Langner besonders für Themen, die an der Schnittstelle von Wirtschafts- und Bildungspolitik stehen, am Übergang von der Schule in den Beruf. Es geht ihr um Ausbildungsplatzinitiativen und neue Arbeitsplätze in Zukunftsbranchen.

Rettet den Notarzt in Lütjenburg Der Druck muss erhöht werden

Seit April diesen Jahres engagiert sich die SPD-Lütjenburg für den Erhalt des Notarzt-Standortes in unserer Stadt. Zunächst wollten die Kassenverbände den Standort ganz aufgeben, doch durch öffentlichen Druck kam für diese Saison immerhin ein Kompromiss zustande: Mit Rücksicht auf die Urlauber bleibt der Notarzt bis zum Saisonende. Wir meinen, das reicht nicht, der Notarzt wird auch außerhalb der Saison gebraucht. Ohne Notarzt müssen abends, nachts sowie an Wochenenden in lebensbedrohlichen Notfällen Ärzte aus weiter entfernten Standorten gerufen werden. Die Anfahrtszeiten verdoppeln sich auf jeden Fall. Bei schlechtem Wetter, Dunkelheit oder schlechten Straßenverhältnissen dürfte so mancher Hilfe zu spät kommen.

Das darf nicht sein! Es geht um 200.000 €, die von den Kassen eingespart werden sollen, obwohl die Versicherer im letzten Jahr fast 5 Milliarden € (!) auf die Seite legen konnten. Dieses Jahr werden noch einmal 300 Mio. € dazu kommen. Da sind 200.000 € zur Rettung von Menschenleben sehr gut angelegte Mittel. Lassen Sie uns alle weiter für den Notarzt kämpfen, jede Stimme zählt. Es geht um die Menschen in Lütjenburg und in der Region, die keine Bürger 2. Klasse sein wollen.



Diese Kreuzung ist gefährlich! Unfallschwerpunkt im Kreis

Lütjenburger Verkehrsteilnehmer kennen diese Situation. Man will an der Abfahrt Ost auf die B 202 in Richtung Oldenburg auffahren oder den Kompostplatz des Kreises ansteuern. Aus beiden Richtungen kommen Fahrzeuge, dazu verdeckten große LKW, die sich auf der Abbiegespur befinden die Sicht auf den fließenden Verkehr. Eine knifflige Situation für jedermann, denn auf der 202 nähern sich die Fahrzeuge mit Tempo 100, oft auch schneller. Kein Wunder also, dass dieser Kreuzungsbereich der Unfallschwerpunkt des Kreises Plön ist, denn bereits neunmal krachte es hier schon.

Muss das sein, fragen sich nicht nur die Lütjenburger Bürgerinnen und Bürger. Bis jetzt weigert sich das Landesstraßenbauamt entscheidend einzugreifen. Nicht mal zu einer Temporeduzierung war die Behörde zu überreden. Das ist geradezu ein Skandal. Das Beste und Sicherste wäre sicherlich der Bau eines Kreisels oder die Installation einer Ampelanlage. Das brächte Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer. Deshalb fordert die SPD-Lütjenburg alle Beteiligten auf, endlich zu handeln, bevor noch mehr passiert. Neun Unfälle sind auf jeden Fall neun Unfälle zu viel!

Noch weigern sich die Kassen hartnäckig

Die SPD-Unterschriften-Aktion zur Rettung des Notarztes in Lütjenburg läuft auf Hochtouren. Der unermüdlige Einsatz eines Haßberger Bürgers hat bereits viele tausend Einwohner der Region wachgerüttelt. Der Amtsvorsteher hat sich an die Spitze der Bewegung gestellt, um der Forderung den nötigen Nachdruck zu verleihen. In vielen Geschäften, Betrieben und Einrichtungen liegen Unterschriften aus. Auch wenn sich die Kassen noch hartnäckig weigern, der Druck darf nicht nachlassen. Deshalb bittet Sie die LR, unterschreiben auch Sie, helfen Sie mit, den Notarzt zu retten.

Kommentar von Traudl Holst



Mehr Service für die Bürger

„Das ist ja sooo weit zu laufen bis zum neuen Amt“, stöhnt eine ältere Dame aus Lütjenburg, „das Rathaus war viel näher und schneller zu erreichen!“ Bei Behörden-gängen ist jetzt für Ältere das Amtsgebäude in der Ne-vorstorfer Straße weit außen vor. Wer im entgegen ge-setzten Stadtteil wohnt, muss mehr Zeit und Kraft für den Fußweg aufbringen.

Das erste Rathaus unserer Stadt stand damals noch mitten auf dem Markt, unser letztes immer noch zentral und marktnah. Die Verwaltungsreform hat vieles verändert und uns ein modernes Verwaltungszentrum am Rande der Stadt gebracht.

Allerdings sollte die Reform neben Einsparungseffekten auch einen verbesserten Bürgerservice erbringen. Dafür müsste aber noch einiges anders werden. So sind die Öffnungszeiten wieder wie vor einigen Jahren verringert worden und der Mittwoch ist wie früher für das Publikum „dicht“.

Von einer Verbesserung kann da wohl keine Rede sein. Was ist zu tun? Da fällt uns wieder das Rathaus ein, entleert von den Ämtern, ohne rechte Aufgabe, man könnte fast sagen: unnützlich und überflüssig.

Aber: ein echtes Rathaus wäre doch die Idee – inmitten der Stadt ein sogenanntes Bürgerbüro, wie es schon in vielen Kommunen besteht. Täglich geöffnet – auch über Mittag, sogar mal samstags – Rat und Hilfe in allen Fragen, Erledigung der wichtigsten Anliegen von A bis Z. Von A = Ausweisen, über B = Beglaubigungen, F = Fundsachen/Führungszeugnisse, H = Hundesteuer, L = Lohnsteuer, M = Meldeangelegenheiten und so weiter.

Ich meine, das wäre dann eine echte bürgernahe Verbesserung der Dienstleistungen und eine passende Lösung für unser historisches Rathaus.

Es fährt (k)ein Zug nach nirgendwo

Die Natur nimmt langsam aber sicher wieder Besitz von der alten Bahntrasse Malente – Lütjenburg. Das hat natürlich auch einen gewissen Reiz. Der LR wäre es allerdings lieber, diese reizvolle Strecke durch die Holsteinische Schweiz würde als touristische High-Light wieder belebt. Die unendliche Geschichte der alten Bundesbahnstrecke kennt viele „Bremser“. Erst wollte der Landrat des Kreises Ostholstein die Strecke retten, doch sein Kollege aus dem Kreis Plön bremste ihn aus. Dann wollte der Plöner Landrat die Signale auf Grün stellen, doch der Neue aus Ostholstein schaltete jetzt die Ampel auf Rot. So kann's gehen. Auch der Kleinbahnverein kam in Malente unter die Räder der „Ausbremsler“. Erst das Verwaltungsgericht stellte die Weichen jetzt wieder für eine bessere Zukunft. Hoffentlich hält der Verein seine Idee, die Strecke bis Lütjenburg auszubauen, weiter unter Dampf.



Impressum:

Lütjenburger
Rundschau

Herausgeber: SPD-
Ortsverein Lütjenburg
e-mail: [webmaster@spd-
lütjenburg.de](mailto:webmaster@spd-lütjenburg.de)

V. i. S. d. P.: Traudl Holst
Redaktion: Peter Holst,
Hans Fritzenkötter,
Traudl Holst, Eckhard
Voß, Matthias Treu
Auflage: 3000

Konzept des JAZ muss sich ändern Angebote bis 21 Uhr ausdehnen

Die SPD-Fraktion hat sich im Sozialausschuss nachhaltig für längere Öffnungszeiten im Jugend-Aktions-Zentrum (JAZ) eingesetzt. Aus Sicht der Sozialdemokraten kann es nicht sein, dass zahlreiche Jugendliche nach 18 Uhr sich selbst überlassen bleiben und auf dem Markt, am ZOB oder auf einem Kinderspielplatz „abhängen“. Daher sollten Angebote aus dem JAZ bis 21 Uhr auf der Tagesordnung stehen, und sei es nur, dass man sich dort unter geordneten Bedingungen treffen kann.

Ein erster Schritt in diese Richtung ist schon getan. Auf Antrag der SPD wurde ein Arbeitskreis einberufen, der das Konzept des JAZ überprüfen soll. In diesem Arbeitskreis werden sich seitens der SPD Barbara Aschenbroich und Christian Hanssen nicht nur für ein neues Konzept des JAZ mit längeren Öffnungszeiten einsetzen. Sie werden auch die Frage klären, warum die CDU immer noch nicht gewillt ist, eine professionelle Jugendbetreuung durch den Einsatz eines hauptamtlichen Stadtjugendpflegers zu gewährleisten.



Die Burg ist längst nicht mehr alleine

Gegen enorme Widerstände der CDU wurde das Projekt Turmhügelburg realisiert (die **LR** hat mehrfach berichtet). Dem Verein um Hartmut Eller und Klaus Dygutsch gebührt dafür ein ganz dickes Lob. Sie haben sich nie beirren lassen, auch die größten Hürden genommen und damit eine echte Touristenattraktion geschaffen. Ohne Pause sind sie dabei, den Mittelalterpark zu ergänzen. Die neuesten Errungenschaften sind eine bildschöne Kapelle (Bild), ein Bienenstall, eine neue Brücke und mächtige Tore. Dazu haben sie den alten Gebäuden auch mittelalterliches Leben eingehaucht. Einfach großartig meint die **LR**.

Die SPD fordert: Keine Beiträge für Kinderbetreuung, Schule und Hochschule

Schon jetzt ist das letzte Kindergartenjahr, auch in der Lütjenburger **Schatzkiste**, kostenlos, um Familien zu entlasten und Kinder im Vorschulalter angemessen zu fördern.

Die SPD hat für diesen ersten Schritt in Bund und Land lange gekämpft. Jetzt setzt sie sich dafür ein, dass Kinderbetreuung wie auch Ausbildung in Schule und Hochschule für Eltern kostenlos sein muss. In Lütjenburg wird dagegen leider über eine Erhöhung der Kindergartengebühren diskutiert. „Das ist die falsche Richtung“, meint nicht nur die SPD-Chefin Traudl Holst.

In unserer Stadt scheint das System der pauschalen Zuschussung offenbar nicht dazu zu führen, dass die Kindergarten-träger finanziell über die Runden kommen.

Die Sozialdemokraten meinen allerdings, dass Betreuung und Bildung gesamtgesellschaftliche Aufgaben sind und als Zukunftsinvestitionen von allen getragen werden müssen.

Der noch amtierende CDU-Ministerpräsident sagt, beitragsfreie Kindergärten seien schön und gut, aber: nicht bezahlbar. Wenn er sich da mal nicht irrt.

In seiner grenzenlosen Großzügigkeit hat er dennoch keine Probleme, im Wahlkreis seines Staatssekretärs und Parteifreundes Heinz Maurus, mal eben für den Flughafen Sylt eine Million Euro locker zu machen. Das ist also bezahlbar.

Aber wir wissen ja: die CDU ist in Wahlkampfzeiten offenbar lernfähig! So hat sie gerade beschlossen, auf die Regionalschule, auf Studiengebühren und CO₂-Lager zu verzichten. Da geht ja vielleicht nach was?



Neue Hoffnung für Gemeinschaftsschule nach Kehrtwende der CDU? Wunder gibt es immer wieder!

Erinnern Sie sich noch: Die SPD der Stadt und des Kreises hatten mit Zustimmung der örtlichen CDU einen Antrag an den Kreis Plön gestellt. Es ging darum, zur zukünftigen Schulart im Lütjenburger Schulzentrum eine Elternbefragung durchzuführen. Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen und die Verwaltung mit der Durchführung der Befragung beauftragt. Das Ergebnis war, wie Sie sich erinnern, eindeutig: die Eltern sprachen sich mit über 50% für die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule in Lütjenburg aus. Doch die Mehrheit von CDU und FDP folgte dem Votum der Eltern nicht und stimmte für eine Regionalschule.

Sehr viele Eltern waren entrüstet über diese Missachtung des Elternwillens. Inzwischen wurde die nächstliegende Gemeinschaftsschule in Schönberg mit Anfragen überhäuft. Jetzt ist die Schule bereits überlaufen. Wahrscheinlich haben auch enttäuschte Lütjenburger Eltern ihre Kinder dort angemeldet. Und was lesen wir nun in der Zeitung? Die CDU will Regional- und Gemeinschaftsschulen verschmelzen und so nur noch zwei Schularten erhalten! Aha. Dann also können wir auch in Lütjenburg wieder hoffen, dass der Elternwille am Ende von der CDU doch noch respektiert wird? Es geschehen eben noch Zeichen und Wunder...

ALDI hat's geschafft, doch was ist mit SKY? Fragen über Fragen, aber keine Antworten

ALDI hat auf dem alten Bahnhofsgelände (Bild unten) ein neues Dach überm Kopf – prima, aber was ist mit SKY? Die Firma Coop, als Eigentümer der SKY-Märkte, wartet nach eigenen Angaben seit Mai auf eine Reaktion der Stadt zu ihren Vorstellungen am Gildenplatz und auf eine Beratung in den städtischen Gremien. Eine dringend nötige Vergrößerung der Verkaufsfläche ist am alten Standort nicht möglich und ein neuer bedarfsgerechter Standort im südlichen Bereich des Gildenplatzes immer noch nicht in Sicht. Wo ist das Konzept der Stadt? Wo geht hier irgendwas voran?

Oder soll auch hier wieder wie zuvor bei ALDI gelten: Die hauen doch nicht ab, die bleiben schon? Dass ein weiterer Discounter jetzt zusätzlich Kaufkraft abzieht, und damit die Konkurrenzfähigkeit enorm beeinträchtigt, spürt nicht nur SKY. Dabei geht es hier um Ausbildungs- und Arbeitsplätze, die erhalten bleiben müssen! Wo ist also die Planungssicherheit für ein angestammtes, standorttreues Unternehmen? Wann kommen die verantwortlichen CDU-Politiker hier endlich in die Puschen? Fragen über Fragen, doch Antworten gibt's keine. Da wundert sich nicht nur Coop.



Privatisierung = weniger Kundenservice Post und Bahn belegen dies eindrucksvoll

Die Post baut weiter Dienstleistungen ab: Die Zusteller kriegen immer mehr aufgelastet, Bezirke werden ausgedehnt, zuletzt waren sogar montags die Briefkästen leer, weil ja für die Aktionäre gespart werden muss. Und auf die paar hundert eigenen Postfilialen kann man natürlich auch verzichten: Tante Emma macht den Rest im Laden, wenn's noch einen gibt! Die großen Ketten werden ihre Post-shops wohl behalten, so wie Famila in Lütjenburg. Für ein richtiges Postamt müssen wir dann eben nach Kiel fahren, genau wie bei der Bahn zum Servicepoint. Die Privatisierung und Liberalisierung von solchen dem Gemeinnutz dienenden Einrichtungen hat nicht nur zum Abbau von Dienstleistungen, sondern vor allem von Arbeitsplätzen geführt.

Bei der Post waren es fast 140.000, bei der Telekom 63.000 und bei der Bahn sogar 274.000, die ihre Arbeit verloren haben. Ein falscher Weg, der auch nicht zu den erhofften Preissenkungen – besonders spürbar bei Energie und Wasser – und der vermuteten Qualitäts- und Leistungssteigerung geführt hat. Wenn eine Mitarbeiterin im Post-shop jetzt nur noch im Schnellverfahren für ihre Arbeit angeleitet wird anstelle einer echten qualifizierten Fortbildung von mehreren Wochen, dann kann sie auch keine Beratungsdienste leisten, sondern nur den Hinweis geben: „Rufen Sie die Postauskunft an!“ Doch, die ist fast ständig besetzt.

Das Stadtfest gehört wieder in die Hände der Bürger!

Abzockende Agenturen? So beginnt ein Leserbrief der KN im Juli des Jahres, in dem ein Lütjenburger sich seinen Frust über das Stadtfest 2009 von der Seele schreibt.

Danach ärgern sich „viele Lütjenburger zutiefst über die Vorgehensweise dieser Agenturen, und die Gleichgültigkeit, mit der die Stadtvertretung dieses Treiben toleriert.“ Er endet mit einer Frage an die Verantwortlichen der Stadt Lütjenburg: „Wie lange noch wollen Sie solche abzockenden Agenturen mit Steuergeldern unterstützen?“

Die SPD kämpft seit Jahren vergeblich darum, das Stadtfest wieder in städtische Hand zu geben und es wie früher mit der örtlichen Wirtschaft, Vereinen, Verbänden und engagierten Bürgern gemeinsam auszurichten. Sie hat sich von Anfang an vehement auch gegen die von der CDU vorangetriebene Fremdvergabe anderer städtischer Einrichtungen wie Haus der Jugend oder Tourist-Info ausgesprochen.

Die Lütjenburger SPD ist sich mit dem Leserbriefschreiber einig: ein Stadtfest gehört in die Hand der Stadt. Es muss wieder ein Fest von Bürgern für Bürger werden. Privatisierung ist auch in diesem Fall kein Allheilmittel für fehlende eigene Ideen oder andere „Defizite“.

Dr. Birgit Malecha-Nissen will mit Energie in die Zukunft starten

Die SPD-Direktkandidatin (Bildmitte) für den Wahlkreis 6 Plön/Neumünster ist verheiratet und hat zwei Töchter. Als studierte Vulkanologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin hat Birgit Malecha-Nissen am Forschungszentrum GEOMAR in Kiel promoviert. Sie arbeitet zur Zeit als Geschäftsführerin in einem Planungsbüro für Energietechnik. Die SPD-Bewerberin weiß also, wovon sie spricht, wenn sie sagt: „Wir werden in vielen Bereichen neue Wege gehen müssen, um unsere Lebensqualität zu erhalten.“



Für die SPD-Kandidatin ist der Weg in die Zukunft klar. „Jetzt in Bildung, Forschung und Wissenschaft investieren, bedeutet eine Investition in unserer Kinder, die unser Land zukunftsfähig macht“, so Dr. Melacha-Nissen.

Ihrer Meinung nach ist Wissen unser bester Rohstoff und Exportschlager zugleich. Junge Talente müssen entdeckt und gefördert werden unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Chancengleichheit sollte in unserer Gesellschaft endlich eine Selbstverständlichkeit sein.

Investitionen in unsere Kinder muss Ziel sein

Neue technologische Entwicklungen an den Universitäten und in den Betrieben zu fördern ist die Grundlage für eine erfolgreiche wirtschaftliche Zukunft. Dazu helfen die Entwicklung und Nutzung klimafreundlicher Technologien beim Kampf gegen den Klimawandel und schaffen gleichzeitig neue qualifizierte Arbeitsplätze.

Als Abgeordnete im Deutschen Bundestag will sie aktiv daran mitwirken, Lösungen für die aktuellen Probleme zu finden.

Ein klares Nein zur Atomkraft Und zur CO2-Speicherung

Als Expertin in Sachen Energietechnik vertritt Dr. Birgit Malecha-Nissen klare Thesen. Sie will jetzt konsequent auf eine nachhaltige Energiewirtschaft umsteuern. Nur so kann man ihrer Meinung nach die Zukunft sichern und dabei Kosten sparen, denn die Aufwendungen für die Lebenshaltung und für Energie müssen bezahlbar bleiben. „Die Zeit ist reif für einen Wechsel. Das zeigen ganz klar die großen Proteste zur CO2 Speicherung im Lande. Die Menschen wollen kein Endlager unter ihren Füßen und sie wollen auch keinen „gestörten“ Atommeiler“, so Dr. Malecha-Nissen, die als Geologin Nein sagt zur CO2-Speicherung und zur Atomkraft.



Ein klare Ansage: Die Kandidatin ist gegen die Rente mit 67!

Blaupause für Schwarz-Gelb – Das „industriepolitische Gesamtkonzept“ ist ein richtiges Gruselkabinett



Die Union schweigt, dementiert aber nicht. Nachdem das „industriepolitische Gesamtkonzept“ von CSU-Wirtschaftsminister zu Guttenberg an die Öffentlichkeit gelangt ist, versucht die Union, das Papier herunterzuspielen. Dabei wird in dem Papier erstmals deutlich, welche Pläne CDU/CSU, unterstützt von FDP, wirklich verfolgen. Damit stört es allerdings die Schlafwagen-Taktik, mit der sich Angela Merkel durch den Wahlkampf mogeln möchte.

Auch SPD-Spitzenkandidat Frank-Walter (Bild links) gruselt es angesichts der Kernelemente der schwarz-gelben Zielrichtung: so sollen Arbeitnehmer, Familien, Rentner und Kranke die Lasten der Krise tragen. Der ermäßigte Steuersatz auf Lebensmittel soll wegfallen. Im Gegensatz zu Gutverdienern sollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Verzicht üben. Sie sollen auch mehr für die Sozialversicherungen bezahlen. Das gesetzliche Verfahren zur Einführung der Mindestlöhne soll ausgebremst werden. Geplant ist auch die Aufweichung des Kündigungsschutzes, die Ausweitung von Leiharbeit und laxere Regelungen für die Befristung von Arbeitsverträgen. Darüber hinaus sollen Städte und Gemeinden finanziell geschwächt werden. Das ist schon starker Tobak.

Klar, dass nun die gesamte Union zu dem Papier schweigt – ist doch hier erstmals zu lesen, was Wählerinnen und Wähler von Schwarz-Gelb zu erwarten haben.

Finanzmärkte aber auch die Gehälter für Manager regeln

Ein Auslöser der weltweiten Finanzkrise waren völlig überzogene Renditeerwartungen auf den Finanzmärkten – gepaart mit ebenso überzogenen Managergehältern und Bonuszahlungen, die jedes Maß verloren haben. Dass dies sich so nicht wieder ereignen darf, ist eigentlich allen klar. Nur nicht CDU/CSU-Wirtschaftsminister Carl-Theodor zu Guttenberg. Er will weiterhin der unregelmäßig Selbsterreichung von Managern Tür und Tor öffnen. Zu Guttenberg im Hamburger Abendblatt: „Ich sehe es höchst kritisch, dass manche Manager sich völlig hemmungslos bedienen. Aber ich bin auch zurückhaltend, was das direkte Eingreifen des Staates bei Bonuszahlungen angeht. Vieles auf diesem Feld ist international verflochten. Das kann man mit nationalen Regelungen nicht beeinflussen.“ Nach der Krise soll es so sein wie vor der Krise, wenn es nach Schwarz-Gelb geht. Das kann doch niemand wirklich wollen. Sie SPD jedenfalls nicht, sie steht für klare Regeln für die Finanzmärkte und für Managergehälter mit Maß.



Sigmar Gabriel: In den Klimaschutz investieren!

Die Industriegesellschaft steht vor einem Umbruch: Die Wirtschaft muss effizienter und nachhaltiger werden, damit der Klimakollaps vermieden wird. SPD-Umweltminister Sigmar Gabriel (Bild links) hat klare Vorstellungen von der richtigen Zukunftsstrategie. Gabriel: „Nur durch Investitionen in den Klimaschutz und in Umwelttechnologien gehen wir gestärkt aus der Wirtschaftskrise hervor. Diese Investitionen sind gerade jetzt ein Stabilitätsanker der deutschen Wirtschaft und der Schlüssel für einen neuen Wirtschaftsaufschwung.“



Ein Urgestein der SPD: Hennig Hensch, der seit 40 Jahren in der Region zu den Aktivposten der Partei gehört. Die Ehrung nahm die Kreisvorsitzende Anette Langer vor.



Gemeinsam für alle Bürgerinnen und Bürger, für Schleswig-Holstein und die Bundesrepublik (von links): Dr. Birgit Malechannissen, Dr. Gitta Trauernicht und Anette Langner.

Das Letzte: Den „Deckel“ übernimmt der Steuerzahler

Erst Cash, dann Crash, so oder ähnlich muss es wohl gewesen sein! Der Versuch einer Erklärung am Beispiel von Gaby (besaß eine Bar in Kiel): Um den Umsatz in ihrer damaligen Bar zu steigern, beschloss Gaby die Getränke der durstigen aber zahlungsschwachen Stammkundschaft auf den Deckel, oder besser gesagt, auf die „lange Bank“ zu schreiben, ihnen also Kredit zu gewähren. Das sprach sich in Kiel schnell herum, und immer mehr Kundschaft drängte sich in Gabys Bar. Weil die Kunden sich um die Bezahlung keine Sorgen machen mussten, konnte Gaby problemlos die Preise für Alkohol steigern und damit auch massiv ihren Umsatz. Der junge und dynamische Kundenberater der lokalen Bank bemerkte Gabys großen Umsatz-Erfolg und räumte ihr eine unbegrenzte Kreditlinie ein. Die Schulden der Trinker reichten der Bank als Sicherheit. Zur Refinanzierung transformierten top ausgebildete Investmentbanker die Bierdeckel in verbrieftete Schuldverschreibungen mit den passenden Bezeichnungen Suffbond und Alkbond. Von einer usbekischen Versicherung abge-

chert, wurden sie von den besten Rating-Agenturen mit gezeichneten Bewertungen (AAA) versehen. Sie stiegen schnell zum Renner für Investoren und Banken auf. Vorstände der Banken erhielten Boni im Millionenbereich. Eines Tages, obwohl die Kurse immer noch stiegen, stellte ein Risiko-Manager fest, dass es an der Zeit sei, die ältesten Deckel von Gabys Kunden fällig zu stellen. Überraschender Weise konnten weder die ersten noch die folgenden Kunden ihre Schulden bezahlen. Solange man sich auch bemühte, es kamen so gut wie keine Tilgungen ins Haus. Gabys Kreditlinie wurde gestrichen. Sie machte daraufhin Konkurs. Suffbond und Alkbond verloren 99,8%, die Bank geriet ins Trudeln. Der Bier- und Schnapslieferant ging gleichfalls in die Insolvenz, er hatte Gaby extrem lange Zahlungsfristen gewährt und zudem selbst in die „Bonds“ investiert. Am Ende wurde die Bank mit Milliarden von Steuergeldern gerettet. Die unbezahlten Bierdeckel landeten bei einer „Bad-Bank“. Deren Eigentümer (alle Steuerzahler) dürfen jetzt für die unbezahlten Deckel blechen.